



HESSISCHER LANDTAG

02. 07. 2024

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Wirtschaftspolitik ist in Hessen weiterhin Mangelware – 12 Forderungen zur Einleitung der Wirtschaftswende

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Belastungsmoratorium für die hessische Wirtschaft für den Zeitraum der gesamten Legislaturperiode zu erlassen. Dazu zählt insbesondere der Verzicht auf neue Bürokratiebelastungen für hessische Unternehmen.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine übergeordnete Strategie zur Wirtschaftsförderung des Landes vorzulegen. Dazu ist eine grundlegende Überprüfung der verschiedenen Programme zur Wirtschaftsförderung, insbesondere im Wirtschaftsministerium, notwendig. Statt unzähliger kleinteiliger Förderprogramme mit verschiedensten Zielsetzungen sollte sich die Förderung des Landes darauf konzentrieren, Wachstum und Innovation anzureizen. Bei allen Programmen ist grundsätzlich Technologieoffenheit sicherzustellen.
3. Neben günstigen Rahmenbedingungen für die bereits in Hessen ansässigen Unternehmen sowie einem gründungsfreundlichen Klima ist auch die Ansiedlung neuer Unternehmen ein zentrales Instrument der Wirtschaftspolitik auf Landesebene. Notwendig ist eine aktive Ansiedlungspolitik des Landes. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine umfassende Ansiedlungsstrategie für Hessen vorzulegen.
4. Der Landtag stellt fest, dass Wachstum im industriellen Bereich, beispielsweise durch die Ansiedlung neuer Unternehmen, auch mit dem Bedarf an ausreichend geeigneten Flächen einhergeht. Der Mangel an Flächen verhindert nicht nur Ansiedlung, sondern kann auch bereits mittelfristig zu einem wirtschaftlichen Risiko für Unternehmen und ganzen Regionen führen. Für die Darstellung der aktuellen Situation und die bedarfsgerechte Sicherung von gewerblichen Flächen sollte das Land Hessen ein gebietsübergreifendes Gewerbeflächenmonitoring forcieren. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, auf Ebene der Landesplanung eine Planungskategorie für Industrie-Reservegebiete einzuführen, die langfristig für die gewerbliche Nutzung geeignete Flächen vor anderweitiger Verplanung sichert, um dort langfristige Industrieentwicklung zu ermöglichen. Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, die Baulandoffensive Hessen (BOH) dahingehend auszuweiten, dass sie auch die Entwicklung von Gewerbeflächen fördert.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, landesrechtliche Möglichkeiten zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren zu identifizieren und schnellstmöglich umzusetzen. Dazu zählen insbesondere Maßnahmen zur Vereinfachung und Harmonisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte.
6. Aufgrund seiner geographischen Lage und der Funktion als Verkehrsdrehkreuz, lebt Hessen wie kein anderes Bundesland von seiner Infrastruktur. Die Landstraßen werden aber seit vielen Jahren auf Verschleiß gefahren, die Nettoinvestitionen sind weiterhin negativ. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Investitionsstau im Landesstraßenbau zu beenden.

7. Der Landtag stellt fest, dass der Fach- und Arbeitskräftemangel nach wie vor eine der größten Risiken für den Wirtschaftsstandort Hessen in den kommenden Jahren ist. Die hessische Wirtschaft ist dringend auf qualifizierte Einwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen. Statt langwieriger Antragsverfahren und überforderten kommunalen Ausländerbehörden, muss es das Land den Fachkräften einfach machen. Der Landtag fordert die Landesregierung vor diesem Hintergrund auf, eine Zentrale Ausländerbehörde einzurichten, die sich ausschließlich um die Ausstellung und Anpassung von Aufenthaltstiteln im Rahmen des beschleunigten Fachkräfteverfahrens kümmert.
8. Der Landtag unterstreicht die dringliche Notwendigkeit, dem Fachkräftemangel in Kindertageseinrichtungen entgegenzuwirken. Aktuell fehlen etwa 8.600 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher, um eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung sicherzustellen. Hinzu kommt ein Mangel von 28.800 Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren und 9.100 Plätzen für Kinder zwischen drei und sechs Jahren. Um Eltern eine verlässliche Berufstätigkeit zu ermöglichen, ist neben ausreichend Betreuungsplätzen insbesondere die Gewährleistung von Betreuungszeiten außerhalb der üblichen Kernzeiten von Bedeutung. Daher fordert der Landtag die Schaffung der Voraussetzungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Einstellung zusätzlicher Erzieherinnen und Erzieher sowie die Einführung verlässlicher Betreuungszeiten.
9. Der Landtag stellt fest, dass frühkindliche Bildung in Hessen eine zentrale Rolle für die Chancengerechtigkeit spielt. Der Bildungserfolg in Deutschland ist stark von der sozialen Herkunft abhängig. Durch eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung kann dieser Zusammenhang wesentlich gemildert werden. Besonders benachteiligte Kinder profitieren hiervon deutlich. Auf diese Weise können bereits zu Beginn ungleich verteilte Startchancen ausgeglichen und nachhaltig erfolgreiche Bildungswege geebnet werden.
10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Wasserstoff-Import-Strategie vorzulegen und ein landesweites überregionales Wasserstoff-Cluster zu schaffen, das auf den verschiedenen Ebenen vorhandenen Ansätze, Projekte und Wasserstoff-Initiativen sowohl strategisch als auch organisatorisch zusammenführt. Ziel ist, innovative und kohärent aufeinander abgestimmte Wasserstoffökosysteme als Grundlage für neue Geschäftsmodelle zu schaffen, durch Synergien die Produktivität zu steigern und Skaleneffekte realisieren zu können.
11. Der Landtag stellt fest, dass die Schuldenbremse nach Artikel 141 der Verfassung des Landes Hessen (HV) explizit keine Investitionsbremse ist, sondern sie zwingt die Politik richtigerweise zu einer Priorisierung der Ausgaben. Entscheidend für Hessen ist deshalb, dass im Landeshaushalt die richtigen Prioritäten gesetzt werden, um neue Wachstumsimpulse zu geben. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Landeshaushalt Ausgaben strikt für zielgerichtete Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur zu priorisieren.
12. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und des Renteneintrittsalters einzusetzen sowie im Rahmen einer Bundesratsinitiative ein Maßnahmenpaket zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsanreizen im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht vorzulegen.

Begründung:

Die Bundesregierung erwartet für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum in Höhe von lediglich 0,3 Prozent. Der aktuelle Konjunkturbericht des Hessischen Industrie- und Handelskammertages konstatiert, dass die Wirtschaft eine leichte Stimmungsaufhellung verzeichnet – der Wachstumsbereich werde allerdings noch nicht erreicht. Als derzeit größtes Risiko für das Geschäft nennen die 2.500 befragten Unternehmen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, gefolgt von der Inlandsnachfrage und dem Fachkräftemangel.

Ausweislich der Förderdatenbank des Bundeswirtschaftsministeriums (foerderdatenbank.de) gibt es 143 verschiedene Förderprogramme, bei denen das Land als Fördermittelgeber auftritt. Von diesen 143 Förderprogrammen können demnach 72 von Unternehmen in Anspruch genommen werden. Mit den Programmen zur Wirtschaftsförderung verfolgt die Landesregierung eine Vielzahl von verschiedenen, kleinteiligen Zielen. Eine übergeordnete Förderstrategie ist indes nicht erkennbar. Stattdessen scheint für jeden politischen Wunsch der vergangenen Jahre ein eigenes Förderprogramm zu existieren, so zum Beispiel die Förderung von Bussen mit Elektroantrieb, sofern sie im ÖPNV eingesetzt werden.

In seinem Frühjahrsgutachten 2024 konstatiert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: „Der zunehmend schlechtere Zustand der Straßen- und Schieneninfrastruktur belastet die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und macht höhere Investitionen erforderlich.“ (Quelle: <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fruehjahrsgutachten-2024.html>, zuletzt aufgerufen am 1. Juli 2024). Um diese Belastung der wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen abzumildern, müssen die Investitionen in den Landesstraßenbau in einem ersten Schritt mindestens auf Höhe der rechnerischen Abschreibungen erhöht werden.

Einer der Gründe für die anhaltende Wachstumsschwäche in Deutschland ist die demografische Alterung und insbesondere der Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge (Baby-Boomer). Das verfügbare Arbeitsvolumen wird außerdem durch niedrige Erwerbsquoten bei älteren Menschen sowie das Absinken der durchschnittlichen Arbeitsstunden verstärkt. Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftswachstums müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen und versuchen, die demografischen Effekte abzumildern.

Wiesbaden, 2. Juli 2024

Der Fraktionsvorsitzende:
Dr. Stefan Naas